



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiiv.eu) welfens@eiiv.uni-wuppertal.de
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | - 26.03.2019 - UK-BREXIT wahrscheinlich -

Finanzmarktrisiken für Deutschland bzw. EU28 hoch - Wirtschaftspolitik mit
Arbeitslücke – 36 Mio. Versicherungskontrakte gefährdet

Ein Jahr vor BREXIT: Downing Street mit Risikopolitik

Wuppertal, 29. März 2018 (BREXITLondon2018MarzEIIWwelfensKurzB)

Es gibt in Großbritannien allerlei politisches Geplänkel zum BREXIT, also eines britischen EU-Austritts, aber ein Jahr vor dem Austrittsdatum am 29. März 2019 sieht die May-Regierung ihr wenig populäres Projekt zum Verlassen der EU auf gutem Wege – sogar mit einer Übergangsregelung zum weiteren stillen UK-Mitwirken im EU-Binnenmarkt bis Ende 2020. Aus Sicht der Regierung May hat die EU-UK-Vereinbarung vom März 2018 über eine Übergangszeit bis 31.12.2020 zum Senken der BREXIT-Kosten beigetragen – immer unter der Annahme, dass nicht noch ein ungeordneter britischer EU-Austritt die Vereinbarung hinfällig macht. Da es keine große BREXIT-Oppositionspartei in UK gibt, von den kleinen Pro-EU-Parteien der Liberalen und der Grünen also abgesehen, dürfte der BREXIT am 29. März 2019 in die Geschichte eingehen: Eine Niederlage für die EU, die ökonomisch gesehen ihr zweitgrößtes Mitgliedsland verliert; aber auch für UK, das politisch völlig gespalten über vier Jahrzehnte EU-Integrationsvernetzung aufgibt und statt dessen künftig über ein Freihandelsabkommen mit einigen Ergänzungspunkten mit der EU verbunden sein will. Die verschiedenen Politikscharmützel innerhalb der Konservativen können nicht davon ablenken, dass Mays BREXIT-Plan so aussieht, dass man alle Hauptpunkte eines Handelsvertrages möglichst spät verhandeln will. Die wildesten BREXIT-Befürworter werden, so ihr Kalkül, alle Kröten eines Vertrages mit der EU schlucken, wenn der BREXIT nur gelingt. May hat so die EU-Mitgliedschaftsbefürworter wie die BREXIT-Anhänger verschiedener Ausprägung hinter sich gezwungen – wer will schon durch Regierungskritik ein gutes UK-Verhandlungsergebnis gefährden? Hier ergeben sich die EU-Befürworter ohne Strategie beim historischen britischen Austritt aus Europa.

Die Risiken eines BREXIT sind, gerade wegen der bequemen Übergangsfrist bis Ende 2020, enorm. Denn schon haben etwa einige Großbanken in London begonnen, ihre Anpassungsplanung zu verschieben, da die Bank of England signalisiert hat, man könne auf die Übergangsfrist bauen. Das ist aber in Wahrheit ein riskantes Unterfangen, da natürlich der Facebook- und Cambridge Analytica-Skandal womöglich dem Referendum – ohnehin mit schwacher Legitimität – mit jedem Monat politische Unterstützung kosten kann. Zudem besteht, wie EU-Chefunterhändler Barnier gewarnt hat, das Risiko, dass es keine gültige Vereinbarung EU-UK am Ende gibt und dann wäre der 29.3.2019 ein harter Ausstiegstag; hier besteht etwa das ernste Hindernis, dass UK ohne eine für Irlands Regierung akzeptable Regelung zur Fortführung des weichen Grenzregimes Nord-Irland-Republik Irland keine Zustimmung zum Vertrag aus Dublin erhalten wird und dann wäre der No-Deal-Fall eingetreten. Es droht, mit und ohne Übergangsregelung für UK im EU-Binnenmarkt, ein ziemliches Chaos auf einem Teil



der Finanzmärkte. Wie der britische Finanzchefaufseher Bailey in einer Dinnerrede betonte, gibt es 36 Millionen Versicherungspolice mit britischen Vertragspartnern – davon sechs Millionen betroffene britische Kunden, 30 Millionen in der EU27 –, die beim BREXIT-Vollzug ungültig werden; jedenfalls solange man nicht eine EU-UK-Vereinbarung findet, die das verhindert und dazu gibt es bislang keine Verhandlungsbasis und bei einem No-Deal-Fall wohl auch keinen Ausweg für eine einfache Vertragsfortgeltung. Man stelle sich vor, dass durch den BREXIT im ungünstigsten Fall über 30 Millionen langfristige Versicherungspolice nicht mehr gelten! Für die Expansionswelle populistischer Parteien in vielen EU-Ländern ein gefundenes Fressen. Man kann nur staunen, dass unter britischer Initiative ein EU-Austrittsrecht im EU-Vertrag von Lissabon eingefügt wurde und dann UK das Austrittsrecht als EU-Land als erstes wahrnahm – und halb Europa in ein Vertrags-Vakuum zu fallen droht. Hinzu kommen noch 2000 Mrd. Pfund an Derivate-Kontrakten, die sich mit dem UK-Austritt am 29.3.2019 in Luft auflösen könnten. Da stünden plötzlich große Banken und Unternehmen vor erheblichen Risiken, könnten gar im Rating daraufhin massiv abgewertet werden und die EU28 auf den Finanzmärkten in erhebliche Unruhe bringen.

Der European Systemic Risk Board (ESRB), 2010 nach der Bankenkrise als EU28-Institution geschaffen und zuständig für die makroprudenzielle Aufsicht, müsste diese und andere Systemrisiken als Gesamtbild aus dem Zusammenspiel einzelner Risikoelemente analysieren. Der ESRB hat jedoch 2017 zeitweise keine solche Analyse statutengerecht entwickelt, was sonderbar ist und eine wirtschaftspolitische Arbeitslücke darstellt: Da drohen dann erhöhte BREXIT-Kosten, da man ohne eine vernünftige Analyse des EU-Ausschusses für Systemrisiken unzureichendes politisches Risikomanagement und daher erhöhte Finanzmarktvolatilität sowie entsprechende Dämpfungseffekte bei Wachstum, Beschäftigung und Steuereinnahmen verzeichnen wird.

Geht UK mit Übergangsregelung aus der EU, könnte ein ungünstiges Zusammenwirken von transatlantischen oder gar globalen Handelskonflikten – befeuert von der Trump-Administration - die Aktienmärkte unter hohem Kursdruck gesetzt haben, während zugleich die US-Zinssätze bis 2019/2020 deutlich erhöht sind. Für UK hieße dann der BREXIT-Vollzug, dass starke Zinserhöhung und massive Pfundabwertung zusammen kämen. Die Bank of England wird sogar bei einer Rezession kaum eine größere Zinssenkung vornehmen können, da das Land ohnehin schon kein AAA-Rating, also Top-Bewertung als Staatsschuldner, mehr hat und beim BREXIT mindestens eine weitere Ratingstufe verlieren könnte. Fällt UK ohne Vertrag aus der EU, so wäre das Land mit einer mindestens einjährigen Rezession konfrontiert, zudem wird die Inflationsrate wegen der zu erwartenden hohen Abwertung auf rund 3% ansteigen und ausländische Investoren – aus der EU, den USA und China – können dann zum Schnäppchenpreis große Teile der britischen Wirtschaft übernehmen. Der Anteil ausländischer Investoren am UK-Kapitalbestand lag 2017 bei etwa 16%, er könnte binnen weniger Jahre auf 30% ansteigen, was nicht nur ein Kontrollverlust für UK wäre, sondern auch einen ökonomischen Preis hat: Der Anteil der ans Ausland abzuführenden Gewinne wird deutlich ansteigen, was einem Realeinkommensverlust von 4,3% für UK entspricht.

Das käme zu dem langfristig über 10% liegenden Rückgang beim realem UK-Bruttoinlandsprodukt als Verlust hinzu. Es ist kaum vorstellbar, dass Schottland, wo eine große Mehrheit pro EU in 2016 stimmte, in einem solchen UK verbleiben will.

Das sind trübe Aussichten für ein BREXIT-Projekt, das der auf der 20 Pfund-Note gezeigte Herr bestimmt abgelehnt hätte: Adam Smith, der Befürworter des Freihandels. Die EU ist der größte Handelspartner von UK und steht für 12% des UK-Bruttoinlandsproduktes. Die Vorstellung der May-Regierung über ein Global Britain-Konzept hier Rückschläge aus dem Handel mit der EU wett zu machen, ist fragwürdig. So kann man zwar mit den USA über ein Freihandelsabkommen die bisherigen Exporte von 2,5% des britischen UK-Bruttoinlandsproduktes Richtung USA anheben, aber die von Trump betriebene Schwächung der Welthandelsorganisation wird jenseits der USA dann eben auch zum Bremsklotz. Neue britische UK-Freihandelsabkommen mit Ländern wie China und Indien sind politisch schwierige Projekte: ohne eine funktionsfähige Welthandelsorganisation für Handels-Konfliktlösungen ist Global Britain nur Science Fiction. Der BREXIT ist ein politisch riskantes Projekt, das ökonomisch nicht gelingen kann: für die Partei der Konservativen eigentlich ein unlogisches Projekt, dem zudem fehlende Legitimität aus dem informationspolitisch chaotischen EU-Referendum zu schaffen macht. In 2016 hatte Regierungschef Cameron zwar eine Studie zum EU-Nutzen bzw. den BREXIT-Kosten beim Finanzministerium erstellen lassen. Aber kein Wort zum Hauptbefund eines beim BREXIT drohenden 10% Einkommensverlustes fand sich in der 16-Seiten-Info-Broschüre, die Cameron an alle Haushalte verschicken ließ. Hätte die Wählerschaft diese wichtige Information gehabt, so wäre 52% Pro-EU als Abstimmungsergebnis – basierend auf UK-Popularitätsfunktionen zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Regierungspopularität – zu erwarten gewesen.

Mit und ohne BREXIT gilt, dass die EU weiterhin reformbedürftig ist. Sie ist zu bürokratisch und in den Abstimmungsverfahren viel zu kompliziert, zudem fehlen ihr bisher große sinnvolle Aufgaben- und Ausgabenblöcke wie Verteidigung und Transeuropäisches Infrastrukturnetz, die das Wählerinteresse bei Europa-Wahlen nachhaltig erhöhen und damit den politischen Wettbewerb in Brüssel und die Effizienz der EU intensivieren könnten.

Im Übrigen wird die EU mit der Herausforderung auf Jahre leben müssen, dass der größte Teil des EU27-Großhandels-Bankenmarktes (Euro-Devisengeschäfte, Derivate auf Eurokontrakte, Kreditgeschäfte mit Großkunden) in London angesiedelt ist und damit wichtige Stabilitätsaufgaben sonderbarerweise in der Hand der Bank of England und der Financial Conduct Authority liegen werden. Es wird zwar zu einigen Verlagerungen von bisherigen Finanzmarkt-Jobs von UK nach Frankfurt, Paris, Dublin und Luxemburg kommen. Aber auch das ist nicht ohne Problem, da zumindest in einer Übergangszeit der EZB oder auch nationalen Bankenaufsichtern Erfahrung bzw. kompetentes Personal bei neu angesiedelten komplizierten Finanzmarktgeschäften in der Eurozone bzw. der EU27 fehlen könnte. Dass es zu juristischen Auseinandersetzungen zu vielen Vertrags- bzw. Regulierungsfragen zwischen UK und der EU27 kommen wird, ist zudem schon abzusehen und könnte nicht nur die EU28-Effizienz der Finanzmärkte über neue

Rechtsrisiken mindern, sondern auch die allseits erhoffte Kooperation EU27-UK in der Zukunft belasten. Ein Teil der Großbanken in London – vor allem solche aus den USA – werden EU27-Finanzgeschäfte künftig von New York aus bedienen. Diese Stärkung von New York bedeutet, dass UK verstärkt unter Trumps US-Deregulierungsdruck kommen wird. Die May-Regierung wird selbst wegen des BREXIT-bedingt verminderten Wirtschaftswachstums die Optionen Bankenderegulierung und Körperschaftssteuersenkungen erwägen, wobei eine neue USA-UK-Deregulierungswelle für ganz Europa das Risiko einer neuen Bankenkrise brächte. Die Bankenkrise 2007-09 hat mit zum BREXIT geführt, da die hohe UK-Defizitquote von zeitweise über 10% von der Cameron-Regierung mit drastischen Kürzungen bei den Finanztransfers an die Kommunen vermindert wurde: Dort entstanden dann kommunale Unterversorgungsprobleme bei öffentlichen Diensten und im Gesundheitssystem NHS, was vor dem Hintergrund jahrelanger Anti-EU-Immigrationsrhetorik von Cameron das Thema des EU-Austritts wegen im EU-Binnenmarkt unzureichender Immigrationskontrolle im Vorfeld des Referendums in die BREXIT-Debatte brachte. Der BREXIT seinerseits ist in seinen Mechanismen angelegt, eine neue Transatlantische Bankenkrise entstehen zu lassen – ein gefährlicher politisch—ökonomischer Instabilitätszyklus, dem es energisch vorzubeugen gilt. Hier könnte die EU in den 2018 anstehenden Freihandels-Verhandlungen mit UK zumindest auf einer strikten EU-UK-Regulierungskooperation im Banken- bzw. Finanzmarktbereich bestehen und dabei auch gleich die Schweiz und Norwegen einbeziehen. Denn auch diesen Ländern drohen bei exzessiver Deregulierung in London und New York neue Gefahren.

Dass UK im Übrigen aus der EU unter Hinweis geht, man könnte die hohen EU-Zuwanderungszahlen nicht verkraften, ist nicht nur sonderbar, weil es um umgerechnet kaum 0,3% Bevölkerungswachstum für UK geht und der Netto-Beitrag der Zuwanderung zum UK-Staatsbudget positiv ist. Vielmehr ist bemerkenswert, dass die ASEAN-Länder in 2016 ihren eigenen Binnenmarkt gestartet haben, nach EU-Vorbild und mit voller Arbeitnehmerfreizügigkeit bzw. mit allen vier Grundfreiheiten, wie sie sich auf im EU-Binnenmarkt finden.

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, 2017, 401 S., Springer, Heidelberg | Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 [26000 Downloads in 10 Monaten](#)

Paul J.J. Welfens [An Accidental Brexit](#) New EU and Transatlantic Economic Perspectives, 2017, 472 S., Palgrave, London | Softcover € 24,25 (D) | ISBN 978-3-319-58270-2

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | [wiuens@eiw.uni-wuppertal.de](mailto:wuens@eiw.uni-wuppertal.de)